

Die Lage im Eisenstift

hat sich bereit ausgeführt, daß ernsthaft damit gerechnet werden muß, daß die Aufsperrung nicht zu vermeiden ist. Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß für diesen Fall ein Uebergreifen des Streites auf das politische Gebiet um so weniger zu vermeiden sein dürfte, als von kommunistischer Seite planmäßig darauf hingearbeitet wird. Es ist deshalb nicht mehr als selbstverständlich, wenn in politischen Kreisen schon jetzt erwogen wird, was zu geschehen habe, wenn Unruhen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet entstehen sollten. Soweit wir unterrichtet sind, haben deutschnationale Abgeordnete mit dem Herrn Reichspräsidenten bereits Fühlung genommen, um seine Ansicht über die dann zu ergreifenden Maßnahmen zu erfahren. Wenn die Linkspresse behauptet, die Anwendung des Paragraphen 48 der Reichsverfassung sei bereits beschlossene Sache, so trifft dies keineswegs zu. Erst steht allerdings, daß alle maßgebenden Instanzen entschlossen sind, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Ob in dem Fall, daß es wirklich zu einer Stilllegung der röhrenförmigen Betriebe kommt, über Rheinland-Westfalen sofort der Belagerungszustand verhängt werden wird, wird im Laufe der nächsten Tage von den zuständigen Instanzen pflichtgemäß erwogen werden. Wie die Dinge sich dann weiter gestalten, wird davon abhängen, ob der Arbeitskonflikt loskoppelt bleibt oder sich über das ganze Reich ausbreitet. Schon heute sind Bestrebungen im Gange, die Arbeiter zu veranlassen, die Stilllegung der Betriebe in der Eisenindustrie mit dem Generalstreik zu beantworten. In diesem Fall wäre es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Regierung, zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen, und dann würde auch die Anwendung des Artikels 48 in Frage kommen. Der allgemeine Eindruck ist jedenfalls der, daß wir ungewöhnlich frühen Wochen entgegenzusehen.

Die Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen in der Schwerindustrie

Y Eisen. Die Schlichterkammer zur Beilegung der Streitigkeiten in der Großindustrie einigte sich dahin, einige Fragen, die bei der Rürze der zur Verhängung stehenden Zeit erschöpfend ausfindig nicht gelöst werden können, Nachkommmissionen zu übertragen, die bis zum 15. Februar berufen werden sollen. Eine Vereinbarung herbeizuführen. Im übrigen sind eine einmündige Ausforderung über die Lohn- und Arbeitszeitfragen statt. Nach mehrkündigen Verhandlungen wurde die Sitzung im allgemeinen Einverständnis vertagt, weil zur Fortführung der Verhandlungen die Einholung weiterer Auskünfte wünschenswert erschien. Der Schlichter beauftragte die nächste Sitzung auf Dienstag, den 13. Dezember, an.

Der Arbeiterbeitrag der westfälischen Zentrumspartei gegen die Stilllegungsanträge der Großindustrie

X Hamm. Die gestern in Hamm abgehaltene Tagung des Arbeiterbeitrags der westfälischen Zentrumspartei beschäftigte sich außer mit allgemeinen politischen Fragen auch mit der durch die Stilllegungsanträge der Großindustrie geschaffenen Lage. Sämtliche Referenten wandten sich in scharfen Ausführungen gegen das Vorgehen der Großindustrie. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an: „Der Arbeiterbeitrag der westfälischen Zentrumspartei fordert von der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei entschiedenes Eintreten für die vollständige Durchführung der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 ab 1. Januar 1928. Da die Großindustrie eine Stilllegung sämtlicher Betriebe zum 1. Januar 1928 beabsichtigt, steht sich der Arbeiterbeitrag veranlaßt, von der Reichstagsfraktion zu verlangen, bei der Regierung dahin zu wirken, daß sie alles tut, um diese Stilllegung, welche für Staat und Wirtschaft unabsehbare Folgen mit sich bringt, zu unterbinden.“

An den Reichsarbeitsminister wurde folgendes Telegramm geschickt: „Die Arbeiterchaft innerhalb der westfälischen Zentrumspartei sieht mit großer Sorge die Kampfmaßnahmen der Unternehmer in der Großindustrie. Sie bittet den Reichsarbeitsminister, sich bei dem Abbau der kulturellwertigen Arbeitskräfte in der Schwerindustrie in seiner Weise betreten zu lassen. Das Recht der Arbeiterchaft muß über den Sonderinteressen einzelner Unternehmer stehen.“

Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin

X Schwerin (Meckl.). Bei den gestrigen Landtagswahlen in den Wahlbezirken Stetow und Grambow-Wend-Hof, die auf Beschluß des Wahlprüfungsausschusses des Landtags wegen vorgekommener Wahlverfälschungen vorgenommen wurden, erhielten die Demokraten über 60 Stimmen in beiden Bezirken mehr als bei den Landtagswahlen am 22. Mai d. J. Da ihnen damals nur sieben Stimmen zu einem zweiten Mandat fehlten, wird nun ein weiterer demokratischer Abgeordneter in den Landtag einziehen. Die gegenwärtige demokratisch-sozialistische Regierung erhält dadurch eine bedeutende Verstärkung, da sie parlamentarisch nicht mehr von den Kommunisten abhängig ist. Kommunisten und bürgerliche Opposition auf der einen Seite und Regierungsparteien auf der anderen Seite verfügen jetzt über die gleiche Anzahl von Sitzen; auf beiden Seiten stehen sich je 28 Abgeordnete gegenüber.

Die Deutschen in Rumänien

Angesichts der innerpolitischen Krise in Rumänien ist es einmal ganz interessant, sich vor Augen zu halten, wie groß und wie stark die deutsche Minderheit sich dort präsentiert. Das deutsche Kulturamt in Hermannstadt gibt soeben sein Jahrbuch der Deutschen in Rumänien für 1928 heraus. Das Jahrbuch enthält eine Reihe von Angaben und Daten für jeden, der sich über das Deutschum Rumäniens, über wirtschaftliche, politische und kulturelle Fragen orientieren will. Sehr interessant sind die statistischen Angaben über die Bevölkerung der wichtigsten Städte mit Angabe der Kopfzahl der Deutschen in jeder von ihnen. An der Spitze der Siebenbürgen mit hohem deutschen Einschlag steht Temeschburg (90 000 Einwohner, davon 45 000 Deutsche), dann folgt Hermannstadt (45 800 Einwohner, davon 21 000 Deutsche), Czernowitz (100 000 Einwohner, davon 14 800 Deutsche), Kronstadt (80 000 Einwohner, davon 11 300 Deutsche), Opatowitz (12 000 Einwohner, davon 11 000 Deutsche) und Reschitz mit 17 159 Einwohnern, davon 11 000 Deutsche. Die Gesamtzahl der Einwohner Rumäniens beträgt rund 17 Millionen, davon 800 000 Deutsche, 1,7 Millionen Magyaren, 700 000 Ruthenen, 100 000 Serben und Slowaken, 850 000 Juden. Das Kernstück des Jahrbuchs bilden Daten und Angaben über die deutschen Organisationen, die deutsche Presse mit 5 Tageszeitungen und einer großen Anzahl von Wochenblättern.

Die Ruhestschädigungen vor dem Reichstag.

vda Berlin, 10. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Untersuchungsausschusses

der sich mit den Ruhestschädigungen für den Bergbau des Reiches beschäftigt hat. Nach Auslage des positiven Widerstandes und nach dem Zusammenbruch der deutschen Währung waren auf Grund eines Briefwechsels zwischen dem damaligen Reichskanzler Dr. Stresemann und dem Großindustriellen Hugo Stinnes den Bergbauindustriellen des besetzten Gebietes als Entschädigung 715 Millionen RM. gezahlt worden. Diese Zahlung, von der der Reichstag erst später erfuhr, hatte zur Einführung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses geführt. Der Ausschuss erklärte in seinem Bericht, daß in der ohne Wissen des Reichstages vorgenommene Zahlung eine objektive Verletzung des Staatsrechtes des Reichstages vorliegt. An den Ruhestschädigungen seien zwar keine Doppelzahlungen, wohl aber Ueberzahlungen in erheblichem Umlaufe erfolgt, deren Höhe mangels Unterlagen nicht festgestellt werden könne. Die Bergbauindustriellen seien auch günstiger behandelt worden, als die übrigen durch die Ruhestschädigung Geschädigten. Der Ausschuss bezeichnet es schließlich als erwünscht, die der Großindustrie gemähte Begünstigung durch ausdrückliche Entschädigung der geschädigten Arbeiter und Angestellten und des Mittelstandes auszugleichen.

In Verbindung mit dem Ausschussbericht kommt eine von den Kommunisten eingebrachte Interpellation zur Beratung, in der die Regierung gefragt wird, wann sie dem Wunsche des Ausschusses nach ausreichender Entschädigung der geschädigten Arbeiter und Angestellten und des Mittelstandes endlich nachkommen wolle.

Die Kommunisten beantragen weiter eine Aenderung des Ausschussmandates, in dem es heißt:

„Die für diesen ungeheuerlichen Skandal in erster Linie verantwortlichen Reichskanzler Stresemann und Marx sind wegen der Verletzung des Staatsrechtes des Reichstages und unangehöriger Verschwendung von Reichsgeldern an die Ruhestindustriellen vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Die 715 Millionen sind wieder einzuschießen.“

Aussprache über den Ausschussbericht

erinnert Abg. Limberg (Soz.) daran, daß nur durch einen Zufall bekannt geworden sei, in welcher Weise im Jahre 1926 die kleine Schicht der Bergbauindustriellen den übrigen Ruhestschädigten gegenüber bevorzugt worden seien. Bei dieser Bevorzugung sei allen Grundfragen von Recht und Billigkeit widersprochen worden. Dies sei am weitesten angebracht gewesen bei jenen Bergbauindustriellen des Ruhrgebietes, die alles getan hätten, damit es zur Ruhestschädigung kam. Sie hätten planmäßig die von Grabener und Matheson verurteilte Verbandsorganisation sabotiert. Stinnes habe geradezu der Stabilisierung entgegen gearbeitet, weil er durch die Inflation riesige Gewinne erzielte, die er zum großen Teil im Ausland anlegte. Stinnes habe auch mit aller Energie den landesverräterischen Gedanken einer Reichserschlagung, einer beiderseitigen Ruhestschädigung getrieben. Jetzt sei es notwendig, einen Ausgleich zu schaffen durch gerechte Entschädigung der Arbeitnehmer und des gesamten Mittelstandes. Dazu sei der jetzige Reichstag nicht gewillt. Der Redner schließt mit dem Ruf: Fort mit diesem Reichstag!

Abg. v. Lindener-Wildau (Dnat.) meint, die einseitige Darstellung des Abg. Limberg verlege bei den jetzigen Auseinandersetzungen über die Reparationsfrage Deutschlands Wesen in eine günstige Lage. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Müller-Franken habe seinerzeit eine weit objektivere Darstellung gegeben. Schon im November 1922 habe der deutschnationalistische Hefflerich vor der wachsenden Inflation genannt und wertbefähigende Steuern gefordert. Der Redner erinnert an die kommunistische Interpellation, daß der Ausschuss einer gründlichen Untersuchung aus dem Wege gegangen sei, müsse mit Entrüstung zurückgewiesen werden. (Beifall.) Der sozialistische orientierte Bergarbeiter-Verband habe selbst von der Regierung damals eine Entschädigung an die Bergbauindustrie für die Währungsverluste gefordert und der damalige sozialistische Reichstagsminister Solmann habe der Entschädigung zugestimmt. (Hört, hört, recht.) Ich der rechtlichen Bedeutung dieser Dinge nicht bewußt gewesen. Wenn die Sozialdemokratischen Minister in die Regierung traten, die solchen Anforderungen nicht gewachsen waren, so ist das ihre Sache. — Abg. Landberg (Soz.): Sie haben Ihren Parteifreund Koch zum Minister gemacht! — Daß Sie als Sozialdemokrat die Entsendung eines Arbeiters in die Regierung bemä-

Dr. Luther

und der Verwaltungsrat der Reichsbahn

vda Berlin. In der Angelegenheit der Witalienhaft des früheren Reichskanzlers Dr. Luther im Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft hat bekanntlich der Staatsgerichtshof ein Urteil in dem Sinne gefällt, daß Breußen das Recht habe, ein Mitglied für den Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft vorzuschlagen. Dieses Urteil ist lebhaft ein Feststellungsurteil gewesen und hat nicht die Rechtmäßigkeit der Ernennung sämtlicher neuer Mitglieder des Verwaltungsrats, die von der Reichsregierung ernannt sind, bestritten. Als das Urteil ergangen war, hat die Reichsregierung den Wunsch gehabt, Breußen einen Platz im Verwaltungsrat zu schaffen, und deshalb ein Schreiben gerichtet, als auch sich mit ihnen in Verbindung gesetzt, um zu fragen, ob ein Mitglied freiwillig auf seinen Platz verzichten wolle. Die Mitglieder haben sämtlich erwidert, daß sie nach rechtmäßigem Ermessen von ihrem Amt nicht zurücktreten können. Da die Reichsregierung kein Zwangsmittel hat, um eine Ernennung rückgängig zu machen, hat sie der preußischen Regierung mitgeteilt, daß sie keine Möglichkeit habe, das Urteil des Staatsgerichtshofs jetzt auszuführen, aber darauf hingewiesen, daß sie, sobald eine Stelle durch freiwilligen Rücktritt oder durch die im Herbst 1928 stattfindende Auslosung frei werde, selbstverständlich den preußischen Wunsch erfüllen wolle.

Annahme des französischen Budgets

(Paris. Die Kammer hat vorgestern vor- und nachmittags und auch noch einen Teil der vergangenen Nacht und zwar bis nach 1 Uhr getagt. Sie hat mit 406 gegen 126 (Kommunisten und Sozialisten) Stimmen das Gesamtbudget für 1928 verabschiedet. Die Einnahmen stellen sich danach auf 42 Milliarden 667 Millionen 888 176 Franken. Die Ausgaben auf 42 Milliarden 515 Millionen 114 127 Franken, so daß das Budget mit einem Ueberschuß von 52 799 049 Franken abschließt. Im Verlaufe der gestrigen Beratung mußte der Ministerpräsident verschiedentlich die Vertrauensfrage gegen Aenderungsanträge, besonders der Kommunisten, stellen.

geln, ist mir interessant. (Beifall bei den Deutschnationalen.) — Abg. Landberg (Soz.): Ich spreche nur von der Qualität. — Im Ausschuss wurde zwar festgestellt, daß objektiv eine Verletzung des Staatsrechtes vorliege, aber mit Ausnahme der Kommunisten waren alle Parteien darin einig, daß ein subjektives Verschulden den beteiligten Ministern nicht vorzuerwerfen sei. Die Feststellungen des Ausschusses stützen auch nicht die Behauptung, daß die Ruhestindustrie sich auf Kosten des Reiches bereichert habe. Diese Industrie hat aber im Entschädigungsverfahren vermöge ihrer karger Organisation eine Vorzugsbehandlung erhalten gegenüber den anderen Geschädigten, die auch schwer gelitten haben. Die geschädigten Gewerbetreibenden sind noch nicht ausreichend entschädigt und sie leiden vor allem unter der schleppenden Durchführung der Entschädigung. Wir erwarten von der Aussprache den Erfolg, daß nun auch die moralischen Verpflichtungen des Reiches gegen die übrigen wirtschaftlich schwächeren Ruhestschädigten voll und schnell erfüllt werden.

Abg. Eber (Ztr.) spricht die Hoffnung aus, daß ein gründliches Studium des umfangreichen Ausschussberichts aufflarend wirken und den demagogischen Behauptungen von einem „Ruhest-Panama“ und von einem „Niefengeldent“ ein Ende machen werde. Heute sei in den weitesten Kreisen die Erinnerung verblüht an den positiven Widerstand im Ruhrgebiet und daran, daß damals alle Bewohner des Ruhrgebietes ohne Unterscheid der Partei und des Standes ihre Existenz aufs Spiel setzten in dem Kampf gegen die Unterdrückung. Damals sei es ein Gebot der Selbstverständlichkeit gewesen, daß der Bergbauindustrie die Sachleistungen erlegt werden mußten, auch im Interesse der Bergarbeiter. Der Ausschuss habe gründlich die Dinge untersucht, und die Objektivität seines Vorgehens, des Abg. v. Lindener-Wildau, sei von allen Seiten anerkannt worden. Eine gewisse Ueberzahlung sei bei der Ruhestschädigung nicht zu bestreiten. Der dunkelste Punkt bei der ganzen Sache sei der Umstand, daß hier dem Ruhrbergbau eine Bevorzugung vor allen anderen Geschädigten des Ruhrgebietes eingeräumt wurde. Erst durch die Bemühungen des Ausschusses sei eine Milderung der Härten erreicht worden. Trotzdem sei noch eine riesengroße Unzufriedenheit übrig geblieben, vor allem in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes. Die Arbeitnehmer haben für die Durchführung der Verträge große Opfer gebracht, die auch entschädigt werden müssen. Der Redner tritt schließlich für den Ausschuss ein und ersucht um Ablehnung der Aenderungsanträge. Die noch laufenden Entschädigungsansprüche sollen schleunigst in liberaler Weise erledigt werden. Es muß auch aufhören, daß man heute noch Männer vor den Kasi schleppt, weil sie beim berechtigten, mutigen Widerstand gegen Unterdrücker und Separatisten formale Verstöße begangen haben.

Abg. Stinnes (DNP.) weist die Angriffe zurück. Die Abg. Limberg gegen Stinnes gerichtet hat. Stinnes sei keineswegs als Urheber der Inflation zu bezeichnen. Er habe vielmehr an der Befundung der Wirtschaft gearbeitet. Beim Abbruch des positiven Widerstandes habe die Währung abgelehnt, mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Das deutsche Volk müsse darum den Führern des Ruhrbergbaues dankbar dafür sein, daß sie in die Ersche inbrannten. Der Redner schließt sich im übrigen den Ausführungen der Abg. v. Lindener-Wildau und Eber an.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erklärt, die Vorgesandenehandlung der Ruhestindustrie sei durch die Untersuchungen des Ausschusses erwiesen. Der Ruhestindustrie sind im Gegensatz zu allen übrigen Geschädigten Sünden gesandt worden, sie hat auch Ueberzahlungen erhalten. Während der Dauer der Währungsverluste wurden die Arbeiterlöhne hochgehalten, während die Löhne und Gehälter gekürzt wurden. Als Unrecht muß es empfunden werden, daß der Ruhrbergbau von der Regierung ohne Kenntnis des Reichstages 715 Millionen bekam zu einer Zeit, in der allen übrigen Geschädigten gesagt wurde, sie könnten nichts bekommen, weil das Reich kein Geld habe. Der Reichsanspruch der Ruhestindustriellen, den sie auf den Briefwechsel mit Dr. Stresemann stützen, ist rechtswirksam. Unter allen Umständen lag aber eine gründliche Verlesung des Staatsrechtes des Reichstages vor. Bei dieser Ruhestschädigung hat sich wieder einmal die gewaltige Machtstellung gezeigt, die die Schwerindustrie in unserem Staate haben. Immer wieder versucht die Schwerindustrie wiederum, ihre Macht der Regierungsmacht entgegenzustellen oder die Regierung unter ihren Einfluß zu bringen. Dagegen muß sich das Volk zur Wehr setzen.

Um 10 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag 16 Uhr vertagt.

Insgeheim sind, wie der Kammerpräsident mitteilte, im Verlaufe der Beratung des Budgets 500 Interpellationen zu verzeichnen gewesen. Die Kammer hat sich auf Dienstag vertagt.

Der Kapitän des Kreuzers „Berlin“ wird abberufen?

vda Berlin. Die Tatsache, daß Prinz Heinrich vom Breußen an Bord des Kreuzers „Berlin“ im Hafen von Ebernörde empfangen worden ist, hat in der Presse verschiedentlich zu Angriffen auf den Reichswehrminister Anlaß gegeben, in denen die Forderung enthalten war, diesen Vorgang entsprechend zu ahnden. Reichswehrminister Dr. Gessler hat bereits — unabhängig von diesen Pressestimmen — eine eingehende Untersuchung des Voralles eingeleitet und insbesondere auch telegraphisch den Kommandanten des Kreuzers „Berlin“, Kapitän Kolbe, nach Berlin zur persönlichen Berichterstattung berufen. Wie die D. S. hierzu meldet, nimmt man in unterrichteten Kreisen nicht an, daß es sich bei dem Besuch des Kreuzerkommandanten lediglich um ein Tatsachenreferat handelt; man glaubt vielmehr zu können, daß der Reichswehrminister auf Grund des ihm bisher vorliegenden Materials, das von dem erwähnten Blatt als „belakend“ bezeichnet wird, den Kapitän Kolbe überhaupt von seinem Kreuzerkommando abberufen werde. Es wird von dem Blatte erklärt, daß der Reichswehrminister in den Fällen wie dem vorliegenden „sehr energisch durchgreife“, was er auch bei der Entlassung des Generalobersten v. Seckel bewiesen habe. — Uebrigens ist bisher amtlich noch nicht festgestellt, daß Prinz Heinrich eine Ansprache an die Schiffsmannschaft gehalten hat.

Die Rückkehr der deutschen Flieger von den Azoren

(Lissabon, 12. Dezember. Die Besatzung der Flugzeuge des D 1230 und D 1280, die aus Fortia gestern von einem deutschen Dampfer abtransportiert wurden, ist hier eingetroffen. Sie wird am Dienstag die Weiterreise nach Deutschland antreten.